

Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung.

Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Herausgeber Nr. 27

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Samstagabend
Mittwoch um 10 Uhr ins Haus, ein täglich der Beilagen "Mein Garten",
"Die Frau und ihre Welt", "Der heitere Altar", "Recht und Erholung",
"Unterhaltungsblätter". Durch die Postanstalten und Briefträger bei
jogen 1.20 RM. Im Hause höherer Gewalt wird kein Schadenerlass geleistet.



Teleg.-Adr.: Zeitung

Anzeigen werden die lehsgelassene 8 mm hohe (Petit-) Zeile oder deren
Raum mit 15 Pg. berechnet; auswärts 20 Pg. Bei Wiederholung
entsprechender Rabatt. Rellaten kosten pro Zeile 40 Pg. Verbindlichkeit
für Zahl, Datenvorrichtung und Belegerierung ausgeschlossen. Annahmegerübe
berechnet. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Drua und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 6

Dienstag, den 12. Januar 1932

25 Jahrgang.

Deutschlands Nein.

Berlin, 12. Januar.

Die internationale Diskussion wird völlig beherrscht von der Feststellung des Reichskanzlers Dr. Brüning, daß Deutschland weitere politische Sanktionen als Reparationen, nicht leisten kann. Nebenbei, ob in Paris, London und Rom oder im fernen Washington und Tokio, gibt es nur einen Gesprächsstoff: das Nein Deutschlands.

Nebenstehung hätte die Kanzlererklärung eigentlich nur dort ausliefern dürfen, wo man weder den Ernst der deutschen Not noch die geistige Entwicklung des deutschen Volkes erkannt hat. Wo man sich aber zu dieser Erkenntnis durchgerungen hätte, da mußte man immer, zumal nachdem der Baseler Sachverständigenausschuß die Reparationsunfähigkeit Deutschlands klargestellt hatte, mit einer ähnlichen Erklärung der Reichsregierung rechnen. So hat denn auch in England z. B. weniger der Inhalt der deutschen Feststellungen, als vielmehr der Zeitpunkt der Kanzlererklärung überrascht. Man hat in London das deutsche Nein fröhlichem Lausanner erwarten.

Gänzlich falsch aber ist es, wenn die Kritiker des deutschen Vorgehens nun davon sprechen, durch die Klarstellung der Unfähigkeit Deutschlands zu weiteren Tributleistungen nach Lausanne seien die Schwierigkeiten dieser Minister zusammenfassend nur noch erhöht worden. Wenn man einigermaßen logisch denkt, dann könnte das doch nur in bezug auf die Schwierigkeiten gelöst werden, die bisher einer neuen Zwischenlösung entgegenstanden. In dieser Hinsicht aber hat der deutsche Schritt die Schwierigkeiten nicht erhöht, sondern er hat jede solche Zwischenlösung unmöglich gemacht!

Das aber stellt keinen Nachteil dar, sondern es macht im Gegenteil die Bahn frei für eine wirkliche Endlösung der Reparationsfrage. Mit dem Nein Deutschlands ist restlose Klarheit darüber geschaffen worden, daß nicht nur das Zahlungsschema des Youngplans, sondern vieler ganz anderer Plan ist, so daß es nur noch darauf ankommen kann, die Welt von diesem Plan, d. h. von dem Tributfuss, zu befreien. Wahlgemert: nicht, weil Deutschland nicht mehr zahlens will, sondern weil Deutschland nicht mehr zahlens kann! Deutschland verletzt also mit seinem Nein keine befestigten Verträge, sondern es zieht nur die Konsequenzen aus seiner Jahrzehntelangen Leidensgeschichte, mit der es die Unerschöpflichkeit der Verträge demonstriert mußte.

Ein Volk aber, das dabei sowieso gegangen ist, daß es mit den Schlufsergebnissen gewarnt hat, bis seine Wirtschaft in den Grundfesten erbrochen und die Zahl der Arbeitslosen fast an die Sechs-Millionen-Grenze hinaufgelenkt ist, dieses Volk hat ein Recht darauf, jetzt mit dem Vorwurf der Vertragsverletzung vorstoßen zu werden! Drogen, sondern schreder uns nicht und vermögen uns nicht zu schreden, weil wir alle klar den Abgrund erkannt haben, in den wir bei der Fortsetzung des bisherigen Weges stürzen müssen.

Bei der Reparationsfrage ist die Front des deutschen Volles geschlossen. Wir kämpfen einmütig gegen die Reparationserklärung und bestreiten einmütig jeden Anspruch ausländischer Staaten auf deutsche Tributleistungen! Innerpolitisch ist also über die Erklärung des Reichskanzlers nichts zu sagen. Um so mehr über die internationalen Wirkungen des deutlichen Schrittes.

Wie man dazu hört, betrachtet man in den der Reichsregierung nahestehenden Kreisen die Lage ziemlich zuversichtlich. Wenn in der französischen Presse die Ausregung zunächst auch außerordentlich groß gewesen sei, so erklärt man, sie beginne man jetzt doch auch in Frankreich nüchternere Überlegungen anzustellen. Die Drohung, daß die französische Regierung auf Grund der Kanzlererklärung auf die Teilnahme an der Konferenz in Lausanne verzichten werde, sei nicht wahrgemacht worden. Nun spreche die Nachrichtenagentur Havas zwar davon, daß die französische Regierung im Verlaufe des heutigen Dienstags ihre Stellungnahme festlegen werde, gleichzeitig betone sie aber auch den Willen Frankreichs, nach Lausanne zu gehen.

Auch mit der Einhaltung des Haager Gerichtshofs in den Reparationskämpfen wird in Berlin nicht gerechnet.

Was die weiteren „Zwangsmäßignahmen“ betrifft, die hier und da in Frankreich verlangt werden, ist nicht einzusehen, woher Frankreich z. B. das Recht zur Erhebung einer Sondersteuer auf deutsche Einfuhren wagen will. Das deutsches Gutachten bietet dafür, lomest der deutsche Text in Frage kommt, keine Handhabe. Am übrigsten würde eine solche Sonderbesteuerung deutscher Waren tatsächlich auch nicht viel bedeuten, weil Frankreich ohnehin zu den Ländern gehört, die bestrebt sind, die deutsche Einfuhr aus das äußerste zu verschärfen. Es verbleibt Frankreich also nur die Möglichkeit, den deutschen Vorstoß dadurch zu bekämpfen, daß die Bank von Frankreich ihren Anteil an dem der Reichsbank gewährten Kredit nicht wieder verlängert. Damit aber würde Frankreich erst recht die Reparationsunfähigkeit Deutschlands offensichtlich machen.

Alles in allem läuft sich also sagen, daß die Reparationskonferenz wie vorgesehen am 25. Januar in Lausanne beginnen wird, und zwar mit der Tagesordnung: Endlösung der Reparationsfrage. Wir begrüßen es daher, daß der englische Ministerpräsident Macdonald

Lausanner Konferenz

notwendiger denn je. — Amtliche Erklärung des englischen Ministerpräsidenten.

London, 12. Januar.

Der englische Ministerpräsident Ramsay MacDonald berichtet in einer Unterredung über die Reparationserklärung des deutschen Reichskanzlers, die Politik und die Stellungnahme der britischen Regierung könnten erst am geeigneten Ort und zur geeigneten Zeit mitgeteilt werden. Inzwischen aber geläßt werden, daß es angehört der im Baseler Sachverständigenbericht geschilderten deutschen Wirtschaftslage und angelsicht der politischen Probleme Deutschlands nicht unwahrscheinlich gewesen sei, daß Dr. Brüning eine solche Erklärung auf der Lausanner Konferenz abgeben werde. Die Tatsache, daß Dr. Brüning sie schon abgegeben habe, mache die Konferenz wichtiger denn je; denn es sei unmöglich, die Dinge so zu lassen, wie sie seien. Die gegenwärtige Lage sei das Ergebnis von internationalen Abmachungen. Eine internationale Konferenz sei daher notwendig, um die Lage zu behandeln. Nach seiner Überzeugung würden dann alle betroffenen Regierungen einsehen, daß die Erholung und die Befreiung Europas davon abhänge, daß man den harren Tatsachen ins Gesicht sehe.

Sir Walter Layton, Englands Hauptdelegierter bei den Sachverständigenkommunen der letzten Zeit, vertrat gegenüber der deutschen Erklärung auf dem Baseler Bericht, aus dem die Notwendigkeit einer grundlegenden Revision des Youngplans hervorgehe. Macdonalds Ausführung zeige einwandfrei, daß auch der Ministerpräsident der Überzeugung sei, daß diese Revision eine weitreichende sein müsse.

Der englische Presse hat das Nein Deutschlands vielfach eine günstige Aufnahme gefunden. Fast alle Zeitungen betonen, sie hätten eine ähnliche Erklärung für Lausanne erwartet. Daß Brüning seine Schlufsergebnisse nun noch vor der Eröffnung der Konferenz gezogen hat, wird von einigen Zeitungen, so vor allem von der "Times" und "Morning Post", kritisiert.

Um einzelnen führt "Times" aus, Deutschland werde in Lausanne auf die verheerenden Rückwirkungen der Tribune auf den Welthandel hinweisen und sich auf den Standpunkt stellen, daß von deutscher Seite übermenschliche Anstrengungen zur Überwindung der Schwierigkeiten gemacht werden seien. Es werde feststellen, daß nunmehr die Grenze des möglichen erreicht sei, so daß die Beibehaltung des Systems der politischen Schulden zu einem allgemeinen Unglück führen müsse.

"Times" kritisiert dann eingehend die Übabe der deutschen Erklärung vor der Lausanner Konferenz und findet es „ungläublich“, daß der Reichskanzler den Inhalt seiner Stellungnahme dem Vorstoß einer interessierten Macht, dem englischen Botschafter Sir Horace Rumbold nämlich, vorweg bekanntgegeben hat. Dazu ist aber zu sagen, daß die Aussprache des britischen Botschafters mit dem Kanzler auf Erheben des Botschafters selbst erfolgt ist. Zum Schluß redet "Times" Frankreich noch zu und wendet sich dagegen, nun die Konferenz abzulagern. Welche Form die in Lausanne zu treffenden Abmachungen haben würden, und auf welche Zeit sie sich erfreuen sollten, das sei Sache eines freundschaftlichen Einvernehmens zwischen Gläubigern und Schuldnern.

"Daily Telegraph" liest aus Brünings Erklärung heraus, daß Deutschland nicht bezahlen will e. "News Chronicle" sagt der Youngplan sei tot. Jeder vernünftige Mensch wisse, daß Tributzahlungen nach dem

vornherein jede neue Verlängerung der Konferenz abgelehnt und die Konferenz als „notwendiger denn je“ bezeichnet hat. So, wie es bisher war, kann es nicht bleiben. Die Fronten sind klar, die Gegenläufe offen, der Kampf muß durchgeföhrt werden.

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen.

Volkswahl Hindenburgs?

Fühlungnahme der Nationalsozialisten mit dem Büro des Reichspräsidenten.

Berlin, 12. Januar.

Staatssekretär Meissner vom Büro des Reichspräsidenten hatte eine Unterredung mit Führern der NSDAP über die Frage der Verlängerung des Amtszeit des Reichspräsidenten bzw. der Wiederwahl Hindenburgs. Die Führer der NSDAP äußerten sich über den Verlauf der Unterredung sehr befriedigt. Im Anschluß daran fand eine neue Besprechung der Führer der NSDAP mit dem Deutschen Nationalen und dem Stahlhelm statt.

Joungplan nie wieder in Frage kommen könnten. "Daily Telegraph" erklärt, es sei die nächste Wahrheit, daß Deutschland gegenwärtig nicht bezahlen könne. Fraglich sei ob das Reich auch in aller Zukunft zahlungsunfähig bleibe.

Auch der "Daily Herald", das Organ der Arbeiterpartei, ist mit der Erklärung Brünings vollkommen einverstanden. "Financial Times" bezeichnet die deutsche Erklärung als gerechtfertigt, meint aber, es sei nicht Sache des Schuldners, eine Forderung nach Streichung der Tribute zu stellen.

Französische Drohungen.

Paris will das Haager Gericht anrufen und empfiehlt Kreditkündigungen.

Paris, 12. Januar.

Die französischen Zeitungen äußern sich zu der Kanzlererklärung übereinstimmend dahin, „die französische Regierung dürfe keinesfalls tatlos die weitere Entwicklung mitziehen.“ "Paris-Midi" ruft zur Bildung einer Einheitsfront unter der Führung Laval auf. "Matin" beschimpft die Reichsregierung, sie bekundet schlechten Willen gegen unterschiedliche Verträge.

Perrinag beschäftigt sich damit, die Druckmittel gegen Deutschland herauszufinden. Er regt so die Anrufung des Haager Gerichtshofs an, gibt gleichzeitig aber zu bedenken, daß auch im Falle eines gewonnenen Prozesses „ein anderes Mittel für die Durchsetzung des französischen Standpunkts als der Krieg“ (I) übrigbleibe. Ferner werde die Bank von Frankreich ihren Anteil an der der Reichsbank gewohnten Anleihe von 100 Millionen Mark Ende Februar zweifellos nicht verlängern. Zweitens werde es nicht schwierig sein, die deutsche Wirtschaft über gewisse Gläubiger, die Frankreichs Schulden seien, zu treffen. Darüber hinaus könne Frankreich seine „Rechte“ dadurch wahren, daß es wie im Jahre 1921 Zollmaßnahmen gegen die deutsche Einheit ergebe.

Zut jedem Fall fordere die französische Dissenlichkeit, daß man dem Reichskanzler Brüning nicht erlaube, einen neuen „Feyen Papier“ in den Papierkorb zu werfen. Nach dieser aus der Tiefe seines Gemüts ausgestoßenen Drohung geht Perrinag zu den französisch-englischen Verhandlungen über und stellt fest, daß die Versprechungen nicht räch zum Fleck lägen. Leith-Rox erstrebe immer noch einen fünfjährigen Zahlungsaufschub, und Macdonald habe nichts Eiligeres vor, als Berlin zu ermuntern.

Der "Tempo" gelangt in seiner Aufrégung zu dem Schluß, Deutslands Forderung auf Befreiung des Youngplans stelle einen „brutalen Vorstoß“ gegen den Youngplan und gleichzeitig einen „Alt des bösen Willens“ dar. Deutschland, sophantasiert der "Tempo" dann weiter, wolle die internationale Ordnung durchbrechen, jedes Vertrauen töten und sich in die Rolle eines politischen Partners begeben, für den internationale Verträge nur einen „Feyen Papier“ bedeuten.

Schließlich äußert sich der Radikalsozialist Pierre Cos, der auf eine Frage des "Paris-Midi" offen erklärte, der deutsche Reichskanzler habe eigentlich nur laut und in einer „vielleicht schroffen Form“ das gesagt, was alle Welt insgeheim denkt. Die Reparationsfrage habe der Welt vielen Schaden zugefügt und auch Frankreich nichts Gutes gebracht.

Über die Vorgeschichte der Verhandlungen und die Stellungnahme der Nationalsozialisten veröffentlichte die Reichsleitung der NSDAP folgende Mitteilung:

Mittwoch, 6. Januar, wurde dem Führer der NSDAP, durch den Reichsinnenminister Groener im Auftrage des Reichspräsidenten mitgeteilt, es bestünde die Absicht, die Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg durch Parlamentsbeschluß zu verlängern. Adolf Hitler bemüht sich zur Zeit, die gegen den Willen und ohne Schuld des NSDAP erfolgte Hinziehung des hochverehrten Herrn Reichspräsidenten in die parteipolitische Kampfumwelt derzeitige der zeitigen Tage herbeigeführte Situation zu klären.

Die endgültige Entscheidung, die noch nicht fällt, wird ausschließlich bestimmt sein von den Rücksichten auf die Lebensinteressen der durch die nationalsozialistische Bewegung vertretenen deutschen Nation einerseits und die Würde und das Ansehen des Herrn Reichspräsidenten andererseits. Alle bisher von nichtnationalsozialistischer Seite in der Presse verbreiteten Lesarten über die Haltung, die Adolf Hitler bei den Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten eingenommen hat, sind unzureichend und beruhen lediglich auf zendenziösen Kombinationen."

Die Rettung der Bergleute

144 Stunden unter der Erde. — Lebensgefahr besteht nicht mehr.

— Beuthen, 12. Januar.

Wie vom Oberbergamt Breslau mitgeteilt wird, befinden sich die sieben Bergleute, die 144 Stunden in der Karsten-Zentrum-Grube, 774 Meter unter der Erde, eingeschlossen waren, verhältnismäßig wohlaufl. Nördlich sind die Gezeiteten recht schwach. „Nur zwei von ihnen“ — so heißt es in der Mitteilung weiter — „sind äußerlich verletzt. Die Bergungsarbeiter sind äußerst schwierig. Sie konnten den erreichten schönen Erfolg nur haben, weil alle Leute unter Nichtachtung ihres Lebens ihr Außerstes getan haben, um zu ihren verschütteten Kameraden vorzubringen. Die Bergungsarbeiter gehen mit aller Kraft weiter.“

Von privater Seite liegt dazu eine Meldung vor, nach der Lebensgefahr bei den Geretteten nicht mehr besteht.

Hoffentlich wird das erschütternde Erlebnis der lebenslangen Verbüßung im Stollen und den Martyrer tagelangen Hungers und Dürsels auch sonst keine Auswirkungen mehr haben. Wie man hört, haben die sieben Bergleute als am Montag vor acht Tagen der Berg wankte und die Stollen wie Streichholz einrutschten, sich logisch daran gemacht, mit der Schaufel und den Spießbäke den Weg ins Freie zu gewinnen. Als sie ein gutes Stück vorwärts gekommen waren, prasselten plötzlich erneut Steine herab. Und nun war jedes weitere Vormarschdringend unmöglich, war doch der ganze Hauptstollen eingestürzt.

Wie hier die Arbeit der Verschütteten, so machte zwei Tage später ein Nachbrechen von Geflein die Arbeit der Retungsmannschaften, die von außen den Verschütteten zu Hilfe kommen wollten, unzählig. Tag für Tag verging so, während die Retungsmannschaften frischend durch eine alte Nebenstrecke vorgingen, ohne daß den Verschütteten Rettung wurde. Die Lampen verlöschten eine nach der anderen, Verzweiflung griff um sich, Hunger und Durst zehrten an der Widerstandskraft. Selbstmordgedanken kamen auf.

Als dann aber am letzten Tage nach der Katastrophe an der Außenwand die Schläge der Sprengsäcke erdröhnten, wurden die Retungsmannschaften der Verschütteten, die bei vollem Bewußtsein langsam dahinschliefen, wieder wach. Man machte sich durch Klopfzeichen verständig, und wenige Stunden später erblühten dann die Bergleute, von denen einer am Tage der Rettung gerade den 25. Geburtstag feierte, wieder das Licht der Welt.

Als draußen das Durchhalten der Verschütteten bekannt wurde, legten sich große Massen nach dem Karsten-Schacht in Bewegung. Neue Hoffnung belebte die Familien der Verschütteten, und vor den Zehnengängen hartrten die Massen Stunde um Stunde aus, um diese wahrhaft ununterbare Rettung miterleben zu können.

Denkmalsweihe für die Freiheitskämpfer.

— Speyer, 12. Januar.

Auf dem Friedhof in Speyer wurde ein von Prof. Behn-Münch geschaffenes Denkmal für die Ruhr- und Oberpfälzer Kämpfer Franz Hellinger und Ferdinand Wiesmann unter zärtlicher Beteiligung der Bevölkerung eingeweiht. Beide fielen am 9. Januar 1924 im Kampf um die Freiheit der Pfalz anlässlich der Erziehung des Präsidiums der autonomen Pfalz, Heinz aus Orbis, im Wittelsbacher Hof in Speyer durch die Kugeln des Separatisten Elisenthal. Vor dem Wittelsbacher Hof wurde eine Gedenktafel enthüllt.

Vor der Feier legten Abordnungen der NSDAP, des Stahlhelms, des ersten bayerischen Infanterie-Regiments, dem Hellinger als Freiwilliger angehört hatte, Kränze nieder. Eine Gruppe der Landespolizei hielt zu beiden Seiten des Maus die Ehrenwache. Domkapitular Brauner würdigte die historische Tat Franz Hellingers und Ferdinand Wiesmanns. In feierlicher Stille gedachte hierauf die viertausendfüßige Menge der gefallenen Helden. Während die Musik

das Lied vom Guten Kameraden spielte, legten Vertreter an der Befreiungstat Beteiligten und des Bundes Oberland vor den Ruhestätten ihrer Kameraden Kränze nieder.

Oberbürgermeister Leßling übernahm das Denkmal in die Obhut der Stadt Speyer. Namens der bayerischen Staatsregierung lese Dr. Blaß einen Vortragstraktus nieder. Nachdem noch Präsident Haas vom Bayerischen Kriegerbund im Auftrag des Kronprinzen Apprecht von Bayern einen Kranz niedergelegt hatte, sang die Feier mit dem Niederländischen Dankgesang aus.

In einer Feier am Nachmittag gab Oberregierungstat Dr. Frisch bekannt, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg seine Größe vor Feier übermittelte sich, ferner der bayerische Ministerpräsident Dr. Held. Außerdem haben Reichsfanzer Dr. Brüning, Reichswirtschaftsminister Groener, die bayerischen Minister Dr. Stühel, Günther und Dr. Gosden-Reiche Grüße überbrückt.

Das Wahlergebnis in Lippe.

82 v. h. der Wahlberechtigten haben abgestimmt.

— Detmold, 12. Januar.

Die Gemeindewahlen in Lippe sind gekennzeichnet durch eine außerordentlich starke Wahlbeteiligung. Am Durchschnitt haben 82 v. h. der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht ausgeübt. Angetreten wurden für die Stadtparlamente und die Kreistage folgende Stimmen abgegeben:

Nationalsozialisten	26 787 (Reichstagswahl 20 510)
Deutschnationalen	8 528 (8 616)
Splitterparteien	17 800 (—)
Sozialdemokraten	24 366 (30 142)
Kommunisten	10 322 (5 867)

Im einzelnen wurden folgende Ergebnisse erzielt:

Stadt Detmold:

Zentrum 422 Stimmen, 1 Mandat (bisher 1), Sozialdemokrat 1355, 3 Mandate (6), Deutschnational 961, 2 Mandate (3), Nationalsozialisten 2864, 9 Mandate (—), Kommunisten 797, 2 Mandate (1), Deutsche Volkspartei 684, 2 Mandate (8), Staatsspartei 189, — Mandat (2), Beamte 612, Mandat (—), Evangelischer Volksdienst 26 amte 612, Mandat (—), Kriegsbeschädigte 333, 1 Mandat (1), Aufwertungspartei kein Stimmen, bisher 2 Mandate.

Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei haben mit zusammen 13 Mandaten von 24 die Mehrheit im Stadtparlament.

Kreistag Detmold.

Mandate erhielten: Nationalsozialisten 7, Deutschnational 2, Bürgerliche Liste 3, Evangelischer Volksdienst 1, Sozialdemokraten 8, Kommunisten 3.

Stadt Lemgo.

Deutschnationalen 632, Nationalsozialisten 2035 (1590), Außenbürger 784, Bürgerliche Mitte 315, Evangelischer Volksdienst mit Zentrum 110, Sozialdemokraten 824 (1190), Kommunisten 1218 (903).

Kreislag Lemgo.

Nationalsozialisten 9250 Stimmen, 8 Mandate, Deutschnational 2823 Stimmen, 2 Mandate, Bürgerliche Liste 3027 Stimmen, 3 Mandate, Sozialdemokraten 9744 Stimmen, 8 Mandate, Kommunisten 3515 Stimmen, 3 Mandate, Liste Allgemeinwohl 676 Stimmen, 0 Mandate

Polnische Flugzeugspionage.

In den Montagmittagstunden, etwa ein Viertel vor 12 Uhr, stellte ein polnischer Doppeldecker der Stadt Johannburg einen Besuch ab. Er kam aus südöstlicher Richtung und steuerte zielbewußt nach dem Bahnhof. In außerordentlich niedriger Höhe, etwa 75 bis 100 Meter, stieg er vom Bahnhof Johannburg aus in östlicher Richtung über die Eisenbahnbrücke hinweg, wendete und wiederholte den Flug zweimal. Er machte dabei, wie genau festgestellt wurde, Aufnahmen. Beim Rückflug nach Johannburg schwante der Flieger in südlicher Richtung, umflog einmal den großen Gebäudekomplex des Kreisstrahlenhauses und entfernte sich dann hochaufsteigend in südlicher Richtung, der polnischen Grenze zu.

Karl der Große

ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDA SA

(10. Fortsetzung.)

„Quatsch, Stat! Wer spricht denn davon. Was hast du mir denn für eine Wurst bis jetzt immer gefertigt? Das war doch ein durchbares Zeug!“

„Über Emil!“ sagte Bolle, dem das Herz in die Kniefleischen lant. „Vor acht Tagen hatte mir doch noch gesagt, daß du aufzudenkt.“

„Idiot, vor acht Tagen, da kannt ich den Unterschied noch nicht. Über jetzt, wo du eine Wurst lieferst, die so gut ist, wie ich sie noch nie gegessen habe, da merkt man den Unterschied. Allo, Junge, Junge, ich gratuliere dir zu deinem neuen Mann. Dummerker, der kann ja mürzen. Meine Kunden sind ja Bolles Wurst ganz weg. Ich werde jetzt nur noch von dir bezahlen. Lieferle mir vorläufig die Woche von jeder Sorte drei Zentner mehr.“

Bolle strahlte über das ganze Gesicht. Auch Große, der jedes Wort hörte, lächelte.

„Sie gut, Emil. Ja die Wurst ist gut. Ich hab' nun neuen Betriebsleiter der versteht den Raum.“

„Die Wurst ist nicht nur gut August, die hat auch ein ganz anderes Aussehen wenn man sie aufschneidet. Allo holt dir den Mann warm. Wiedersehen morgen zum Stat.“

„Wiedersehen morgen, Emil!“

Bolle legte den Kopf auf, rieb sich die Hände und lächelte.

Dann trat er zu Karl.

„Wollen wir uns wieder vertragen, Herr Große?“

„Haben wir uns denn gezont?“ lagte Karl so unschuldig dafß Bolle laut auslachte.

„Also das mit der Kündigung . . . ist Quatsch. Das ist meine Sache. Sie bleiben Betriebsleiter. Solange ich und Sie wollen, und in Ihrem Betrieb will Ihnen keiner hereinziehen. Davoll wird gemacht. Und dem Herrn Steinle soll's noch mal einfallen, in den Wurststeig zu fassen!“

Die zwei Laufhunde hinter der Tür waren platt.

Dann hörten sie Bolle weiterreden.

„Nu . . . nu bleibt nur noch eins übrig. Warum haben Sie meine Tochter so angefaucht?“

„Du lieber Gott, wer wird denn das so tragisch nehmen! Erstens wußte ich nicht, daß ich Ihre Tochter vor mir hatte, und dann lag mir jede Beleidigung vollkommen fern. Sehen Sie, Herr Bolle. Sie sind mir so sympathisch.“

Bolle lächelte glücklich.

„Und . . .“ fuhr Karl fort. „Ihre Tochter hatte ich mit ganz anders vorgestellt. Kommt so'n hübscher Käfer in den Würzla rein, oben fast nichts, unten fast nichts. Lippen angemalt. Baden dito. Sehen Sie, ich bin da 'n altmäßiger Kerl, kann mich da immer eines Lachens nicht erwehren. Bielleit posse ich nicht in die neue Zeit.“

Bolle nickte. „Denn ist ja alles gut. Also, Sie wollten meine Tochter nicht beleidigen?“

„Lag mir vollkommen fern.“

„Es gut! Da ist ja alles in Ordnung.“

„Aun früher Margerita erregt über die Schwelle, stampfte mit dem kleinen Fuß energisch auf und sagte: „Da ist nicht alles in Ordnung. Du nimmtst ihn natürlich in Schuß. Ich verlange, daß Herr Große Abbitte tut!“

Bolle sah in Grobes lächelndes Gesicht.

Kar verbeugte sich leicht und lagte liebenswürdig: „Abbitte, meine Gnädigste? Was verlangen Sie denn, das ich tun soll? Soll ich kniefallsig um Verzeihung bitten?“

Bolle meckerte leise.

Margherita war von Karls Sicherheit und Ruhe ein wenig eingehüllt. Aber trogig warf sie den Kopf hoch.

„Am Ende verlangst noch 'n Verlöhnungsbau von ihm!“ lachte Bolle.

Margherita warf ihrem Vater einen wütenden Blick zu.

„Scheiß auf dich!“

„So! Heute nicht, was . . . was wollen Sie damit sagen . . . Herr Große?“

„Heute sind Sie mir zu sehr angemalt, und ich habe Angst, daß Sie abspringen.“

Diese Antwort war richtig nach Bolles Geschmack. Er lachte hell auf und sagte: „Der gibt dir's, Grete! Siehst du, daß ich auch schon gelacht.“

Aber Margherita fand keinen anderen Ausweg, als herzhaft aufzulachen, plötzlich im Rahmen der Tür zu erscheinen.

„Es ist wunderbar,“ warf sich Herr Steinle in die Breche.

„Wie eine beleidigte Königin erhob sich Margherita und lächelte.“

„Sie werden mich in Betrieb nicht mehr leben, Herr Große.“

„Besten Dank, gnädiges Fräulein!“ lächelte Karl

winnend.

Dann rauschte sie hinaus.

Brüning empfängt Hugenberg
Die Verhandlungen in der Präsidentenfrage von Abschluß.

Die langen Verhandlungen, die nach dem Empfang Adolf Hitlers durch Reichsfanzer Brüning durch Hitler und Hugenberg geführt wurden, haben schließlich eine endgültige Antwort Hitlers gegeben. Am heutigen Montag erfolgte die Unterredung zwischen dem Reichsfanzer Dr. Brüning und dem Reichspräsidenten Dr. Hugenberg.

Reichsfanzer Dr. Brüning hatte auch den Widerstand gegen die Entscheidung der Präsidentenfrage geführt. Am heutigen Montag erfolgte die Unterredung zwischen dem Reichsfanzer Dr. Brüning und dem Reichspräsidenten Dr. Hugenberg.

Über die Unterredung zwischen Hugenberg und Brüning an der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, berichtet, um mit ihm die politische Lage zu befriedigen. Unterredung dauerte eine Stunde. Am heutigen Montag stärkte Dr. Dingeldey das Deutsche Volkspartei, der Deutschen Nationalen Opposition haben einen definitiven Abschluß nicht gefunden und werden heute und morgen fortgesetzt müssen. So darf fröhlich sein am Montagmittag eine Entscheidung getroffen werden, die Verhandlungen werden dürfen der Beteiligten geführt.

Über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei wird vor der Sitzung der Deutschen Nationalen Volkspartei hat in ihrer letzten Sitzung die Erklärung des Reichstagspräsidenten Dr. Brüning zur Parationsfrage erregt in Paris größtes Aufsehen. Wurde der Reichstagspräsident bereits die Meldung über die Unterredung mit dem deutschen Botschafter Sir Rumbold gewirkt. Uebrigens haben die von den britischen Zeitungen veröffentlichten Berichte dem Reichspräsidenten noch weit schärfere Worte in den Mund gelegt, als in der deutschen Veröffentlichung enthalten sind.

Sogleich nach Bekanntwerden dieser Meldungen wird die französische Finanzminister Flandin in die Würde und gab folgende Erklärung ab:

„Wenn die Erklärungen, die man dem Kanzler in Schuh weißlich, richtig sind, wonach die deutsche Regierung die Forderungen des Youngplanes und des Verträller Vertrages nicht weiter erfüllen will, so würde das bedenken, daß Deutschland mit dem Youngplan und dem Vertrag ein Ende machen wird. Es bleibt deshalb die Stellung dieser Nachricht abzuwarten. Wenn sich die Erklärungen bestätigen, so würde eine französische Regierung die Forderungen der französischen Unternehmungen annehmen können. Wenn der Lausanner Kongress solche Erklärungen der Nichtzahlung vorausgehen würden, so wäre dies überflüssig.“

Von den belgischen Zeitungen meint „Bingl“ der Kanzler erklärung, die Mittel, Deutschland wieder zum Zählen zu bringen, seien jetzt für die Alliierten das größte Problem selbst, falls solche Mittel vorhanden wären.

„Du lieber Gott, wer wird denn das so tragisch nehmen! Erstens wußte ich nicht, daß ich Ihre Tochter vor mir hatte, und dann lag mir jede Beleidigung vollkommen fern.“

Er machte eine nicht mißverstehende Bewegung. Grund der sich Manfred und Steinle zurückzogen. Bolle aber umhüllte seine Tochter und führte sie fort.

Nachdem sie noch ein Weilchen geweint hatte, sagte Bolle: „Bist du jetzt fertig, Grete?“

„Mit zornigen Augen sah ihn seine Mutter an.

„Wenn du Herrn Große nicht wegschickst, dann . . . geh' ich fort.“

„Beruhige dich man, Grete.“

Karl war nähergetreten. „Meine Gnädigste, wie wünslichen Sie das? Ich wünsche mit Ihnen wie mit Bolle in Frieden zu leben. Sie werden kaum noch eine Gelegenheit haben, mich noch einmal zu leben und brauchen es auch nicht. Aber seien Sie doch klug. Ich will alles damit Ihres Herrn Vaters Geschäft jede Konkurrenz lassen. Lassen Sie mich ruhig schaffen.“

Er sah ihre herabhängende Hand und drückte einen darauf.

„So . . . und das fassen Sie bitte als meine Abbitte.“

„Werden Sie . . . von jetzt ab netter zu mir sein?“

„Sicher, wie ich kann . . . wenigstens außerhalb Betriebes.“

„Warum nicht im Betrieb?“

„Weil ich nicht wünsche, daß Sie in den Fabrikation betrieb kommen.“

„Warum nicht?“

„Sie kennen meine Gnädigste, ein so starkes Parfüm, alles durchdringt, und ich möchte nicht, daß die Produkte Ihrer Bolle darunter leiden.“

„Das ist ja Unfumm! Was kann das ausmachen?“

„Unter Umständen lebt viel. Oh, es gibt Burstsform.“

„Die jedes andere Aroma, das auf sie einträgt, förmlich zischen.“

„Ihr Herr Vater wird mir das bestätigen.“

„Bolle nicht eifrig. Er hat recht, Grete.“

„Wie eine beleidigte Königin erhob sich Margherita und lächelte.“

„Sie werden mich in Betrieb nicht mehr leben, Herr Große.“

„Besten Dank, gnädiges Fräulein!“ lächelte Karl

winnend.

Dann rauschte sie hinaus.

(Fortsetzung folgt)

Aus der Heimat

Spanischer, den 12. Januar 1932

Wir kündigen Ihnen „vorsorglich“.

Wie jedes Monatsende, so hat auch das letzte wieder manchem Angestellten eine Kündigung seiner Stellung gebracht und zwar eine „vorsorgliche“, wie der Arbeitgeber sagt. Er glaubt, die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht als günstig voraussehen zu dürfen und will deshalb seine gesetzlichen Verpflichtungen für einen solchen Fall auf das geringste Maß vermindern. Deshalb trennt er sich nun auch von seinen langjährigen Angestellten, die nach dem Besche die längere Schuftrift genießen.

Der Angestellte, der eine solche „vorsorgliche“ Kündigung empfängt, ist geneigt, sie auf die leichte Achsel zu nehmen. „Es wird ja so schwimmen nicht werden, und es ist ja nur eine Vorsichtsmäßregel.“ In Wahrheit ist aber eine solche Auffassung eine Selbstläufschung des Angestellten, denn die Vorsorge des Arbeitgebers soll ihm ja gerade dazu dienen, seine rechtlichen Verpflichtungen zu begrenzen, ihn zu einem gewissen Zeitpunkt von ihnen zu befreien.

Wie ernst eine vorsorgliche Kündigung aufzufassen ist, spricht ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts Görlitz (S. 2. 168/31) aus: „Ob die Arbeitgeberin die Kündigung nur „vorsorglich“ ausgesprochen hat, ist unerheblich; eine vorsorgliche Kündigung zeitigt dieselben Rechtsfolgen wie jede andere. Hält der Arbeitnehmer sie für ungültig, so muß er gegen sie – „vorsorglich“ – den etwa zulässigen Einpruch einlegen. Tut er das nicht und hält der Arbeitgeber an der Kündigung fest, oder ist der Einpruch überhaupt unzulässig (weil kein Gruppenrat vorhanden ist), so läuft demnächst das Arbeitsverhältnis auf Grund der ordentlichen Kündigung ab.“

Landwirtschaftliche Haushaltungsschulen. Den staatlich anerkannten landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen in Preußen ist durch Erlass des preußischen Landwirtschaftsministers im Einverständnis mit dem preußischen Handelsminister die Berechtigung verliehen worden, daß der einjährige Besuch dieser Anstalten von dem Besuch des hauswirtschaftlichen Unterrichts der gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen und von dem Besuch der hauswirtschaftlichen Berufsschulen befreit.

× Sängertag des Heiligenberggaues.

Am Sonntag stand in Kirchhof im Saale der Gastwirtschaft Thielmann der Sängertag des Heiligenberg-Gau's statt. Die Gauvereine waren fast vollständig vertreten. Der Sängerverein Kirchhof begrüßte die Abgeordneten mit einem „Gruß Gott“ und zwei nachfolgenden Liedern. Der Vorsitzende Lehrer Lange-Nöthensdorf, wies in seinen Eröffnungsworten auf die schwierige Lage auch der Gauvereine hin. Die Not in den Familien sei groß, sobald auch der Besuch in den Gefangenständen leide. In der Geschichte unseres Volkes habe es schon ähnlich schwere Zeiten gegeben. Aber immer wieder sei es besser geworden und so hoffe man auch jetzt auf eine gute Zukunft, damit der Sänger wieder mit Freuden das deutsche Lied singen könne. Der Jahresbericht, den der Vorsitzende daranfuß gab, ließ erkennen, daß im vergangenen Jahre im Heiligenberggau die Pflege des deutschen Volksliedes eifrig betrieben wurde. Bei den Werktagslungen in Nörde machten sich besonders bei den Dorfvereinen gestiegene Leistungen bemerkbar. In diesem Jahre soll ein Werktagslungen abgehalten werden, da man mit den Vorbereitungen zu dem deutschen Sängerbundfest in Frankfurt am Main wohl bestätigt sein wird. Dem Antrage des Sängervereins „Viedertal“ Spangenberg, das diesjährige Gaufest, an dem sich alle Vereine beteiligen müssen, mit der Feier seines 90jährigen Bestehens zu verbinden, wurde zugestimmt. Die Veranstaltung soll im Juni stattfinden. Der Kasinobericht für das legte Jahr wies eine Einnahme von 1079 Mark und eine Ausgabe von 635 Mark auf, sodass ein Überstand von 344 Mark verbleibt. Eine längere Aussprache zeigte der Beitragssatz von 35 Pfennig je Mitglied für den deutschen Sängerbund fest, der von den Vereinen eingeholt werden soll. Der Tag lautet: „Bon des Heiligenbergs Höhnen grüß dich Gott, grüß dich Gott, mein Heimatland so schön!“ Nach weiteren Mitteilungen gesellte sich der Sängertag, auf dem warme Worte der Begeisterung für das deutsche Volk überzeugt wurden, nach dreistündiger Dauer in voller Harmonie mit dem deutschen Sängergruß geschlossen.

× „Hitler vor den Toren“. Wir weisen hierauf auf die morgen Abend 8.30 Uhr stattfindende öffentliche Versammlung der N. S. D. A. P. hin. Näheres siehe Infotafel.

* Feststellung von Ortslöhnen. Das Oberverwaltungsamt in Kassel hat gemäß §§ 149, 150 RVO. mit Wirkung vom 1. 1. 1932 die Ortslöhne wie folgt festgesetzt: 1.) für männliche Personen: a) über 21 Jahre - 3.60 RM., b) von 16–21 Jahren - 2.70 RM.; c) unter 16 Jahren - 1.60 RM., täglich; 2.) für weibliche Personen: zu a) 2.40 RM., zu b) 1.90 RM., zu c) 1.50 RM., täglich.

+ Büchigungrecht Erwachsener gegenüber fremden Kindern. Bei Ungezogenheiten von Kindern und Jugendlichen auf der Straße greifen mitunter Erwachsene der Umgebung durch eine sühnbare Büchigung des Fehlenden ein. Nicht selten ergreift dann ein Teil der Anwesenden gegen diesen Partei. Es herrscht auch

nicht Klarheit über die Berechtigung eines solchen Einges. Nun hat neuerdings das Kammergericht eine Entscheidung erlassen: Ein Erwachsener, an sich nicht erziehungsberichtiger Taugen, ist im öffentlichen Interesse sozial, eine Ungehobigkeit eines Kindes sogar gegen den Willen des Geschäftsmakters verboten, als bald zu ahnden.

Aus Stadt und Land.

* Angehörszen Nationalsozialist seinen Verlebungen erlegen. Der in der Neuköllnisch auf der Ecke Wegener- und Gleiser Straße in Berlin-Wilmersdorf angehörszen Kraftwagenführer Rudolf Stelter, der der NSDAP angehört, ist im St. Gertraud-Krankenhaus seinen Verlebungen erlegen.

Weiter Reise eines Kinderluftballons. Ein märkischer Landwirt aus Groß-Dölln stand im Döllner Fließ einen kleinen Kinder-Luftballon, der am 23. Dezember 1931 von Natslow auf Laaland abgestoßen worden war. Auf einer anhängenden kleinen Karte wurde dem Finder ein geeigneter Weihnachtsfest und frohes Neujahr im dänischer Sprache gewünscht.

* Schnelle Festnahme eines Straftäters mit Hilfe des Rundfunks. Der Molkereivorwarter Jürgen aus Bitten bei Lauter wurde auf der Provinzial-Landstraße Menzel-Birken von einem Kraftwagen umfahren. Der Insasse des Wagens erbot sich, dem Gestürzten behilflich zu sein. Hierbei entzog er ihm eine Aktentasche mit etwa 1000 Mark und fuhr davon. Der Überfallene sandte dem Räuber drei Schüsse nach, die den Kraftwagen auch trafen. Nach am gleichen Abend wurde dieser Überfall im allgemeinen Rundfunk mit genauer Schilderung des Wagens und des Täters verbreitet. Bereits zehn Minuten später meldete sich ein Garagenbesitzer aus Kreisel, in dessen Garage ein Kraftwagen nach der Art des in Funk beschriebenen untergestellt worden war. Der Einleifer des Wagens, ein Molkereibesitzer aus Greifswald, wurde verhaftet. Der Festgenommene ist geständig, den Raubüberfall verübt zu haben.

* Unheimlicher Fund. Holzlammer fanden in dem bei Baden gelegenen Dickeberg in einer mit Steinen und Holz bedeckten Grube das Skelett eines Mannes. Die Untersuchung ergab, daß es sich um einen Mann im Alter von 20 bis 30 Jahren handelt und daß die Leiche etwa drei bis vier Jahre dort gelegen habe. Bei dem Skelett fand man noch eine silberne Tauchenuhr mit Kette, eine Geldbörse ohne Inhalt und eine lederne Altentasche mit 120 Mark Bargeld in 1- und 2-Markstückchen.

* 22 Verlepte wegen eines hübschen Mädchens. Im Dorfe Lützenhain in Südlawien waren zwei Burschen wegen eines hübschen Mädchens in Streit geraten. Da keiner von beiden zurücktreten wollte, versicherte sich jeder der Mithilfe einer möglichst großen Zahl von Bauernjungen. Als es zur Austragung des Kampfes kam, waren über 100 Burschen mit Messern und Prügeln erschienen. Nach kurzer Zeit lagen 22 Verlepte auf dem Boden. Das Mädchen, um das der Kampf geführt wurde, hatte mit großer Spannung dem Kampf zugeschaut.

* Flüchtender Sowjetbeamter von GPU-Agenten erschossen. In der russischen Grenzstation Niegroloje wurde in einem Eisenbahngang der Sowjetbeamte Feller von GPU-Agenten erschossen. Feller wollte mit einem falschen Paß über die Grenze flüchten. Während seiner Festnahme leistete er Widerstand und wurde hierbei von einem Agenten niedergeschossen.



Nach sechs Tagen lebend geborgen.

Die Rettungsmannschaften auf der Karsten-Zentrumgrube in Beuthen bringen den lebend gefundenen Bergleuten aus dem Stollen.

* Ehemaliger Polizist wegen Urkundenfälschung verhaftet. In Riga wurde der frühere englische Polizist Biale unter dem Verdacht, amtliche Schriftstücke, die in einer Erbabsichtsakte im Betrage von drei Millionen Mark eine Rolle spielen, gefälscht zu haben, verhaftet.

* Acht Millionen Arbeitslose in Amerika. Die amerikanische Gewerkschaftsvereinigung schätzt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf acht Millionen.

22-jähriger SA.-Mann erschossen

Schwere Zusammenstöße in Rendsburg. — Zahlreiche Verlepte.

Nach einer Mitteilung der SA.-Oberführung Nordmark sind in Rendsburg etwa 70 Angehörige der SA. von rund 200 Kommunisten und Reichsbannerangehörigen überfallen worden. Ein 22-jähriger Nationalsozialist namens Menzel wurde getötet, vier weitere Nationalsozialisten schwer, 16 leichter verletzt.

Von der Polizeiverwaltung in Rendsburg liegt ein Bericht vor, in dem es u. a. heißt:

Angehörige der NSDAP, die angeblich in geschlossenen Zügen von ihrem Versammlungsort „Schützenhof“ durch die Moltekestraße marschierten, kamen vor der ehemaligen Infanterieschule mit Angehörigen der SPD. und der KPD. zu tätlichen Auseinandersetzungen. Wer den Streit angefangen hat, muß die Unterfurchung ergehen. Fünf der Verletzten sind in Krankenhausbehandlung genommen worden. Die Polizei, die alsbald zur Stelle war, konnte die Streitenden sofort trennen. Wie berichtet, ist einer der Verletzten inzwischen gestorben.

Deutschland

für sehr und die Zukunft. — Neuzeitliche jugendliche Reparationskonferenz.

Nachdem nunmehr die Eröffnung der Reparationskonferenz in Lausanne auf den 25. Januar festgelegt worden ist, wird die Liste der deutschen Abordnung veröffentlicht. Die Führung der Abordnung wird Reichsanzler Dr. Brüning selbst übernehmen. Als Delegierte werden der Abordnung Reichsfinanzminister Dietrich und Reichswirtschaftsminister Warmann angehören. Den Reichsanzler wird seiner Staatssekretär Dr. von Bülow aus Auswärtigen Amt begleiten. Im übrigen wird sich die Delegation aus den zuständigen Sachbearbeitern der beteiligten Ministerien zusammensetzen.

Über die Gesichtspunkte, die bei der Zusammenlegung der deutschen Delegation maßgebend gewesen sind, äußerte sich der Kanzler dem Chefredakteur einer Nachrichtenagentur gegenüber.

Einleitend betonte Reichsanzler Dr. Brüning dabei, daß der Tributonton in Lausanne eine sehr große Bedeutung zufommt. Er habe es daher, so führte der Kanzler weiter aus, nicht nur in seiner Eigenschaft als Reichsaußenminister, sondern auch als Reichsanzler, dem nach der Verfassung die Beslimmung der Rechtslinien der Politik zufalle, für seine Pflicht gehalten, trotz der Fülle seiner sonstigen Amtsgeschäfte die Führung der Abordnung selbst zu übernehmen.

Gleichzeitig sei aber Bedacht darauf genommen worden, durch Zurückflucht von leitenden Beamten in Berlin, so der Staatssekretäre des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsanztes die Arbeitsfähigkeit des Kabinets, namentlich für etwaige Rückfragen der Laufamer Abordnung, sicherzustellen. Während der Dauer der Konferenz werde die Reichsregierung in Berlin unter Leitung des Reichswoh- und Reichsinnenministers Dr. Groener stehen.

Der Pressevertreter fragte weiter, ob denn der Reichsanzler angeblich der gegenwärtigen politischen Lage eine längere eigene Abwesenheit von Berlin für vertretbar halte. Der Reichsanzler erwiederte, seine Teilnahme an der Tributonferenz sei das absolute Vordringlichkeit. Er halte es übrigens nach den bisherigen Haltung des Außenministeriums eigentlich für ausgeschlossen, daß sich eine Mehrheit für sofortige Einberufung des Reichstages zur Behandlung reparationspolitischer Fragen finden könnte. Die Reichsregierung habe sich bei verschiedenen Anlässen darauf hingewiesen, daß sie insoweit beabsichtigt, den Reichstag als möglichen Faktor der deutschen Gelehrte auf die Dauer auszuschalten. Vielleicht habe sie selber bei der letzten Tagung des Reichstages auf den Beschluss hingewirkt, für Ende Februar dieses Jahres eine erneute Tagung des Reichstages ins Auge zu fassen.

Die gleiche Haltung nehme die Reichsregierung auch zur Stunde noch ein. Den Einberufungstermin nun aber etwa auf Mitte oder Ende Januar legen zu wollen, sei nach seiner Auffassung geradezu unverständlich. In denselben Augenblick, wo die Reichsregierung sich anstrebt, die wichtigsten wasserländerlichen Interessen des schwierigen und seine Existenz ringenden deutschen Volkes vor dem Auslande zu vertreten, wäre eine gleichzeitige Beratung dieser und der damit zusammenhängenden Fragen vor dem Pausum des Reichstages eine völlige Unmöglichkeit.

Dagegen zweifel an der Haltung der deutschen Abordnung in Lausanne, so fuhr der Reichsanzler fort, sei nicht gut möglich. Er brauche in dieser Hinsicht nur auf die verschiedenen deutschen Verlaubungen der letzten Zeit hinzuweisen, wobei er die amtlichen Äußerungen anlässlich des Neujahrsfestes und seine eigene Rundfunkrede vom 7. Dezember erwähne. Es gelte sehr für die beteiligten Mächte, die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Basler Sachverständigen zu ziehen. Der Bericht habe noch einmal die gewaltigen Ausmaße der Weltkrise ausgezeigt und vor allem die verheerenden Folgen geschildert, die diese Krise gerade für Deutschland mit sich gebracht habe. Er führe der Welt die bis an die äußerste Grenze gehenden Maßnahmen vor Augen, die in Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffen worden seien und erkenne von Ihnen an, daß sie in der modernen Gelehrte ohne Beispiel seien.

Zugleich beweise der Bericht aber, daß einzigartige deutsche Maßnahmen nicht ausreichen könnten, daß vielmehr die Lage Deutschlands, die in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Schwäche der Welt sei, gebietender ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln, fordere. Dafür, wohin die Entwicklungen der Regierungen gehen müssten, gebe der Bericht wenn er auch auf formulierte Vorschläge verzichte, doch ganz klar die Richtlinien an. Er zeige die tatsächlich zahlungsunfähigkeits Deutschlands und zeigt darüber hinaus, in welch engem wirtschaftlichen Zusammenhang gerade die deutschen Tributabgaben mit der ganzen gegenwärtigen Lage ständen. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, daß sich die Voraussetzungen, von denen seiner Meinung nach der Verlust des Baumwollanbaus ausgegangen seien, grundlegend geändert hätten. Hiermit, so betonte der Reichsanzler, sei im Grunde Spiel leien.

Zugleich beweise der Bericht aber, daß einzigartige deutsche Maßnahmen nicht ausreichen könnten, daß vielmehr die Lage Deutschlands, die in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Schwäche der Welt sei, gebietender ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln, fordere. Dafür, wohin die Entwicklungen der Regierungen gehen müssten, gebe der Bericht wenn er auch auf formulierte Vorschläge verzichte, doch ganz klar die Richtlinien an. Er zeige die tatsächlich zahlungsunfähigkeits Deutschlands und zeigt darüber hinaus, in welch engem wirtschaftlichen Zusammenhang gerade die deutschen Tributabgaben mit der ganzen gegenwärtigen Lage ständen. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, daß sich die Voraussetzungen, von denen seiner Meinung nach der Verlust des Baumwollanbaus ausgegangen seien, grundlegend geändert hätten. Hiermit, so betonte der Reichsanzler, sei im Grunde Spiel leien.

Es liege klar zulage, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache. Ebenso klar sei, daß jeder Versuch, das System solcher politischen Zahlungen aufrechtzuerhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse. Bei diesem Stande der Dinge sei der Reichsregierung ein Spielraum für Überlegungen, welchen Standpunkt sie einzunehmen habe, überhaupt nicht gegeben. Sie könne aus der bevorstehenden Konferenz nichts anderes tun, als die gezeigte Schlage darzufstellen und an die anderen beteiligten Regierungen die Auflösung zu rufen, daß sie auch ihrerseits dieser Schlage Rechnung tragen und nicht nach Kompromißlösungen rütteln, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.

Abgeschließend erklärte der Reichsanzler, er glaube bestimmt, daß es keinen Lohn mehr an der inneren Einsicht in die Notwendigkeit der jetzt zu ziehenden Schlussfolgerungen fehle. Es komme nur darauf an, auch den Mut zur Verwirklichung dieser Einsicht zu finden und, wie der Sachverständigenbericht sage, die Behandlung wirtschaftlicher Probleme nicht wieder durch politische Gedankengänge beeinflussen zu lassen.

Lest Euer Heimatblatt!

